

52/A61-Erweiterung – niemals!

Resolution Mönchengladbacher Umwelt-/Bürger-Initiativen gegen die geplante Erweiterung der Autobahnen A52 und A61 im Bereich Mönchengladbach

Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan (bvwp) 2030 sind zwei Autobahnprojekte in unserer Region gelistet, konkret die Erweiterung und den Ausbau der A52 und A61 betreffend:

- A52-G11-NW – 7,5 km – vordringlicher Bedarf/Engpassbeseitigung
- A61-G41-NW – 12,5 km – weiterer Bedarf mit Planungsrecht

Die unterzeichnenden Initiativen sprechen sich mit allem Nachdruck gegen diese Planungen aus und fordern eindringlich, diese Planungen aus dem bvwp zu streichen!

Für den Ausbau der A52 wird laut den Planungsunterlagen eine Fläche von 15,1 ha in Anspruch genommen, für den Ausbau der A61 eine Fläche von 23,8 ha. Die Kosten werden für die A52 mit 84,9 Millionen Euro und für die A61 mit 161,1 Millionen Euro veranschlagt. Da diese Schätzung den Preisstand aus dem Jahr 2014 darstellt, müssen die Kosten aktuell deutlich höher veranschlagt werden.

Keine einzige dieser Flächen wird im Abschnitt „Umweltbeitrag Teil 2“ als ökologisch bzw. umweltmäßig relevant erachtet. Dies kann in Anbetracht der tatsächlichen Verhältnisse entlang der Trassen nur als erschreckend ignorant bezeichnet werden!

Alleine entlang der A52 befinden sich etliche hochwertige Naturflächen wie z.B. „Bockerter Heide“, „Großheide“ und „Bistheide“ (letztere ist NSG!), westlich des Autobahnkreuzes Neersen das Waldgebiet der Donk, für das die Aufwertung zum NSG beantragt ist, und südlich des Autobahnkreuzes MG an der A61 das NSG „Baggersee Vorster Busch“, im weiteren Verlauf südlich die Waldgebiete bei Genhülsen und am Stadtwald Rheydt. Dazu kommen entlang beider Autobahnen etliche landwirtschaftlich genutzte Flächen, die unmittelbar an die Autobahntrassen grenzen, die durch den Ausbau überbaut und versiegelt werden würden.

In Anbetracht vor allem der aktuellen Ereignisse der Hochwasserkatastrophen, die nicht nur in den näher liegenden Gebieten wie der Eifel, dem Sauerland, im benachbarten Belgien und in den Niederlanden geschehen sind, sondern sich überhaupt im ganzen mitteleuropäischen Bereich ereignet haben, wird die völlige Fehlgerichtetheit dieser Erweiterungs-Planungen besonders deutlich.

Die Klimakatastrophe ist keine vage Prognose für die Zukunft, sondern sie hat bereits begonnen und findet weltweit statt – und sie ist nunmehr bei uns mit allen ihren zerstörerischen Konsequenzen angekommen!

Der weitere Ausbau und die weitere Inanspruchnahme unversiegelter und naturnaher Flächen vor allem durch den Straßenbau fördert die Klimakatastrophe, indem er nur die Zunahme des Straßenverkehrs weiter beschleunigt und damit die dringend erforderliche Verkehrswende konterkariert.

Jeder Euro, der in diesen Ausbau gesteckt wird, ist vergeudetes Geld, weil es für den eigentlich notwendigen Umbau der Mobilität hin zu mehr und komfortableren ÖPNV, besserer Infrastruktur für Radwege, Erhalt und Ausbau der Schiene fehlt.

Ein Blick auf die verheerenden Prognosen zu den Welt-Ernten – und der schon länger und aktuell in vielen Regionen zu erlebenden Missernten –, zeigt auf, dass auch und vor allem landwirtschaftliche Flächen in ihrer Wichtigkeit und Bedeutung für unsere Ernährung neu zu bewerten und dringend zu schonen sind.

Nach dem wegweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom März dieses Jahres, das dem Staat auferlegt, in seinen Entscheidungen und seinem Handeln auch eine [Zitat aus dem Urteil] „besondere Sorgfaltspflicht für die kommenden Generationen“ einzuhalten, erscheinen uns derart in die Umwelt und Naturflächen eingreifende Baumaßnahmen sogar als verfassungswidrig. Es sei noch einmal betont, dass bei diesen Ausbaumaßnahmen ausschließlich der motorisierte Individualverkehr gefördert wird, den es eigentlich gilt, zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Umstellung auf Elektro-Autos/Elektro-LKW usw. ausgesprochen kritisch, da die dafür benötigten Ressourcen und der Strom bei vergleichbarer Auto-/LKW-Dichte wie heute zerstörerische Größenordnungen einnehmen würde. Diese Form der E-Mobilität im Individualverkehr kann daher absehbar zukünftig nur einen deutlich kleineren Umfang einnehmen wie der motorisierte Individualverkehr mit Verbrenner-Fahrzeugen heute.

Daher sind wir überzeugt, dass der derzeitige Ausbaugrad der beiden Trassen völlig ausreicht, um auch den zukünftigen Verkehr aufzunehmen, auch wenn es aktuell immer mal wieder zu Engpässen kommt. Wenn die dringend notwendige Verlagerung von (vor allem überregionalem) Güterverkehr auf die Schiene erst konsequent umgesetzt wird, dann werden auf diesen Trassen ohnehin Kapazitäten frei.

Die unterzeichnenden Initiativen begrüßen daher, dass der zweigleisige Ausbau der Schienenstrecken-Abschnitte Kaldenkirchen-Dülken und Rheydt Hbf-Odenkirchen im bvwP nunmehr im vordringlichen Bedarf gelistet ist [Projekt-Nr. 2-025-V01].

Für diese Strecken hat die DB-AG am 7.12.2018 eine offizielle Überlastungsanzeige beim Eisenbahn-Bundesamt eingereicht, d.h., dass auf diesen Abschnitten schon der aktuelle Bedarf an Schienenverkehren nicht mehr gedeckt werden kann, an eine Kapazitätserweiterung ist daher schon gar nicht zu denken. Da die beiden Autobahnen A52 und A61 sehr stark von überregionalem LKW-Güterverkehr frequentiert werden, könnte alleine durch die Beseitigung von Engpässen bei der Schiene eine mehr als ausreichende Entlastung dieser Autobahnen erreicht werden. Ein zusätzlich mögliches verbessertes Angebot im Personen-Schienenverkehr in der Region würde weiteren Verkehr von den Autobahnen abziehen, diese noch mehr entlasten – und damit jeglichen Ausbauplänen die Grundlagen endgültig entziehen. Wir fordern daher, dass der zweigleisige Ausbau der erwähnten Schienenstrecken-Abschnitte mit größter Priorität umgesetzt wird. Dagegen würde der Ausbau der Autobahnen-Trassen A52/A61 alles in allem eine völlig falsche und zudem höchst verhängnisvolle Richtung einschlagen, da er weitere immer dringlicher werdende Schritte zur Anpassung an die Klimawende und zur Eindämmung ihrer katastrophalen Folgen unterbindet. Ein solcher Ausbau untergräbt alle Bemühungen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, wie es auf der Pariser Klimakonferenz festgelegt wurde.

Eine konsequente Verkehrswende, die sich an echter Klimaneutralität, geringst möglichem Ressourcenverbrauch und größtmöglicher Schonung von Flächen ausrichtet, wird mittel- und langfristig dazu führen, dass derart Flächenfressende Autobahnen wie die fraglichen Trassen in dieser Größenordnung überflüssig werden.

Langfristig wird daher eher der Rückbau der Trassen eine Perspektive sein – ein Ausbau jedenfalls nicht!

Wir fordern daher die ersatzlose Streichung der betreffenden Planungen aus dem bvwf und die Umschichtung der dadurch freiwerdenden Gelder in die Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene, den Ausbau des ÖPNV und des Radverkehrs.

ADFC - Ortsgruppe Mönchengladbach / BUND – Kreisgruppe Mönchengladbach / BAUM e.V. – (Bürger-Aktion Umweltschutz Mönchengladbach) / NABU – Stadtverband Mönchengladbach

/ ProBahn – Bezirksgruppe Mönchengladbach / VCD – Kreisverband Mönchengladbach

